



Günter Ederer
19. 08. 2015

Die Verstaatlichung der Familie

(Ein Essay in drei Teilen)

Die freiwilligen und unfreiwilligen Marxisten (Teil 2)

Alle die zurzeit um mehr Frauenrechte, Gleichberechtigung, Quotenregelungen und Unterstützung der Familien bei der Kinderbetreuung kämpfen, würden weit von sich weisen, dass es ihnen nur um die Arbeitsplatzverwertbarkeit der Frauen geht – um eine Arbeitskraftreserve im eigenen Land, die den Geburtenknick ausgleichen soll. Dabei ist eine erstaunliche Verrenkung der Wirtschaftsverbände und den ihnen nahe stehenden Wissenschaftlichen Instituten zu beobachten. Während sie sonst – mit Recht – gegen zu viel Staatseinfluss, zu viel Einmischung der Bürokratie in die Gesellschaft eintreten, fordern sie, wenn es um die Familienpolitik geht, noch mehr Staat, noch mehr staatliche Eingriffe und noch mehr Milliarden, so als ob die nutzlosen 200 Milliarden Euro „Familienförderung“ nicht schon Beweis genug wären, dass die Einmischung des Staates nur Verwirrung stiftet, aber nichts bringt.

Im Sozialismus war die Parole einfach: „Frauen in die Produktion.“ Der Mensch wird an seinem Nutzwert für die Gesellschaft gemessen. Viele Kinder waren auch erwünscht: Bei den Nationalsozialisten die Jungen als zukünftige Soldaten, die Mädchen als Gebärgarantien. In der leninistischen Variante beiderlei Geschlechter als Nachwuchs für die Fabriken. Kinder stellten insofern kein Problem dar, als in allen totalitären Regimen der Staat für sich in Anspruch nimmt, die Erziehung und Bildung zu übernehmen. Das Kommunistische Manifest sagt da eindeutig was in der DDR Maßstab war und was die vom Sozialismus geprägten Parteien bis heute anstreben: ... wir heben die trauesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen“. Und Punkt 10 des Manifestes verspricht im kommunistischen Paradies: „Die öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder.“

Wer die öffentliche Diskussion in Deutschland verfolgt muss den Eindruck haben, in einem vom Marxismus geprägten Staat zu leben. Die Frauen werden

als Arbeitsplatzreserve gehandelt und der Staat erzieht die Kinder, wobei das „kostenlos“ im Sozialismus immer beinhaltet, dass es mit dem Lebensstandard der Allgemeinheit bezahlt werden muss. „Der Staat muss am Ball bleiben“ lautet die Überschrift des „Dienstes des Instituts der deutschen Wirtschaft.“ Der sonst so liberale Think Tank fordert das Bundesfamilienministerium dazu auf, die 900 Millionen Euro, die der Bund jetzt beim Betreuungsgeld sparen kann in Kindertagesstätten für Kleinkinder zu stecken. Damit könnten 26 000 zusätzliche Erzieherinnen eingestellt werden.

Marx lässt gleich doppelt grüßen: Einmal haben jetzt schon seine kapitalistischen Erzfeinde seine Gesellschaftsmodell für die Kindererziehung übernommen und dann beweist auch noch sein Schüler Lenin, dass er Recht hat, wenn er behauptet, den Kapitalisten geht der eigene Profit über alles geht. Hauptsache für die Wirtschaft ist offenbar, sie können die „Arbeitskraftverwertbarkeit“ der so entlasteten Frauen nutzen. Vom Wohl der Kinder ist weder bei Marx noch im iw-Dienst die Rede. Da werden dann gern Studien zitiert, die besagen, dass Kinder, die einen Kindergarten besuchten, mehr Sozialkompetenz und Lernbereitschaft zeigen würden, als Kinder die von ihren Eltern verwöhnt oder vernachlässigt wurden, je nachdem um welche soziale Schicht es sich handelt. Diese Argumentation ist entweder absichtlich infam oder beweist trostlose Oberflächlichkeit. Denn niemand, der nicht völlig verbohrst ist, wird alle die überzeugenden Studien bezweifeln, dass Kinder ab dem 3. Lebensjahr extrem aufnahmebereit und extrem kommunikativ sind. Gerade in einer Gesellschaft, in der es viele Einzelkinder gibt, viele unterschiedliche Kulturen miteinander leben müssen und soziale häusliche Schwächen die Entwicklung der Kinder bestimmen können, ist es erstrebenswert, möglichst allen Kindern eine hochwertige Betreuungseinrichtung zu bieten.

Das viel zitierte Vorschuljahr für 5jährige als Pflicht, wird nur diskutiert, aber nicht umgesetzt. Vielleicht sollte eine modifizierte Kindergartenpflicht sogar schon ab dem 4. Lebensjahr eingeführt werden, wobei dann allerdings den Eltern die Möglichkeit eingeräumt werden muss, ob sie ihr Kind ganz- oder halbtags abgeben wollen. Auf keinen Fall sollte dies aber mit finanziellen Anreizen verbunden werden. Ich weiß, es ist ein dünnes Eis, wenn staatlicher Zwang autorisiert werden soll. Den haben wir ja schon in der „Schulpflicht“, was dazu führt, dass Eltern, die ihre Kinder selbst unterrichten wollen, in den USA politisches Asyl erhalten, weil sie in Deutschland mit Kindesentzug und Gefängnisstrafen verfolgt werden. In allen anderen europäischen Ländern besteht dagegen die viel elternfreundliche „Bildungspflicht“. Aber da kann Deutschland nicht seine autoritätsgläubige Vergangenheit überwinden.

Die einseitige Konzentration um das Wohlergehen von Frauen, die auch Mutter sind, hat in der angeheizten Debatte zur Vernachlässigung des Kindeswohles

geführt. Die weltweiten Studien, die die möglichen Folgen der Krippenbetreuung für Kleinst- und Kleinkinder für Kinder und auch deren Mütter haben, werden einfach übergangen. Kinderärzte und Psychologen raten dringend von einer Fremdbetreuung ab. Auch die besten Kitaverhältnisse können nicht ersetzen, was von den Forschern „Primärbindung“ bezeichnet wird. Das mit der Materie sehr engagierte Psychologenehepaar Sigrid und Dr. Hans-Otto Dumke verweist darauf, dass in verschiedenen Studien erhöhte Stresshormon-Werte gemessen werden, nicht nur bei den Kleinkindern, sondern auch bei den Müttern. In dieser sensiblen Lebensphase stellen diese chronischen Stressbelastungen ein besonders hohes Risiko für die psychoemotionale Entwicklung dar. Das ist einer der Gründe, warum die Kinder- und Jugendärzte, sowie die Kinder- und Jugendpsychiater von einer Kitabetreuung bis etwa zum Alter von zweieinhalb Jahren abraten.

In Ihrem Familiennetzwerk hat die Kinderärztin Maria Steuer Vorschläge erarbeitet, wie die Arbeitsplätze gestaltet werden könnten, damit Frauen mit Kleinstkindern, die entweder aus finanziellen oder aus in ihrer Persönlichkeit liegenden Gründen den Spagat zwischen Beschäftigung und Kindesfürsorge meistern können. Vor allem im ersten Lebensjahr ist das Baby voll auf die Mutter fixiert. Es entwickelt sich eine „Primärbindung“ zwischen dem Kind und der wichtigsten Fürsorgeperson, durch liebevollen Blickkontakt und auch körperlicher Nähe. In dieser Zeit entwickelt sich auch die Hirnreifung, zunächst die der rechten Hälfte und dann erst mit zwei bis zweieinhalb Jahren die linke Hirnhälfte, die dann fürs Lernen, also Bildung ganz wesentlich ist. Erkenntnisse, über die in der FAZ zum Beispiel geschrieben wird, die es aber nicht bis in den Familienausschuss des Bundestages schaffen.

Abgesehen davon, dass es für das Kind und die Familie am besten wäre, wenn in dieser Phase immer ein enger Vertrauter in seiner Nähe wäre – ab dem ersten Lebensjahr wären auch die Väter gefragt, um die Bindung zueinander fürs ganze Leben zu festigen – weist Maria Steuer daraufhin, dass ein zufriedener Säugling die meiste Zeit schläft. Und wenn er wach wird, dann sucht er die vertraute Mutter – die ja auch die Nahrungsquelle ist. Wenn die familiären Überlegungen wenigstens gleichberechtigt neben den wirtschaftlichen Überlegungen berücksichtigt würden, müsste es bei entsprechender Organisation in den Betrieben möglich sein, dass Mütter und Kleinkind in einer räumlichen Nähe arbeiten und zusammen sein könnten. Das wäre wahrscheinlich von Betrieb zu Betrieb, von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz anders. Heute kostet ein Krippenplatz zirka 1500 Euro pro Monat pro Kind. Bezahlt wird das von der Kommune, die die Gelder wieder über erhöhte Gebühren und Steuern eintreibt. Wenn der volkswirtschaftliche Nutzen durch eine erhöhte Frauenbeschäftigung so groß ist, wie immer behauptet wird, dann müsste es doch im Interesse der Unternehmen liegen, Frauen ein Umfeld zu

bieten, in dem sie ohne Stressbelastung auch noch ihre Kleinkinder betreuen können.

Dutzende Behörden und Unternehmen habe ich das Maria Steuer – Modell vorgestellt, und gebeten, sich für einen Versuch bereit zu erklären, um Erfahrungen für dieses Kinder- und Mütter freundliche Experiment sammeln zu können. Alle sind in Deckung gegangen. Die Eigeninitiative der Wirtschaft erschöpft sich in Forderungen nach noch mehr staatlicher Hilfe, mehr öffentlichen Geldern mit dem Ausbau der Ganztagskindergärten und Ganztagschulen, damit die „Arbeitsplatzreserve Frau“ noch besser ausgeschöpft werden kann.

Dazu gehört auch, dass über die Zustände in den Kindergärten nur zurückhaltend berichtet werden. Da muss es schon eine Häufung geben wie im Sommer 2015, wenn innerhalb weniger Wochen in Hessen und Rheinland-Pfalz Vorfälle bekannt werden, wo eine überforderte Erzieherin Kleinstkinder gefesselt und ruhig gestellt hat, ein Praktikant sich an Mädchen vergriff und Kinder bei sexuellen Übergriffen auf andere Kinder erwischt wurden, was lange bekannt, aber von den Betreuerinnen nicht gemeldet wurde. Aber die tägliche Arbeitsleistung mit immer weiteren Anforderungen führt zwangsläufig zu einer wuchernden Überwachungsbürokratie und erzieherischen sagen wir es vorsichtig – erzieherischen Fehlentwicklungen.

In wenigen Tagen der Recherche habe ich aus Hessen folgende Anordnungen erfahren:

- Die Kindergärtnerinnen dürfen keine Märchen mehr vorlesen, weil die Geschichten zu grausam sind.
- Spiele und Übungen die als Vorschulunterricht ausgelegt werden können, sind nicht mehr erlaubt.
- zu Geburtstagsfesten darf kein selbst gebackener Kuchen mehr mitgebracht werden, sondern nur gekaufter. (Lebensmittelsicherheit)
- gemeinsames Tische decken, die Spülmaschinen einräumen oder die Stühle im Gruppenraum aufräumen ist untersagt. Das müssen jetzt Putzfrauen machen – sorry: Servicemitarbeiterinnen meine ich natürlich.
- Unter den Zielen in den Arbeitsweisen und Angeboten für den Kindergarten fand sich auch der Satz: den Kindern beibringen „die Trennung der Eltern“ zu ertragen.

Wie sehr sich Marxisten und Wirtschaftslobbisten angenähert haben, zeigt die Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum „Betreuungsgeld“.

Abgesehen davon, dass die 150 Euro pro Monat kaum eine Familie in ihrer Entscheidung beeinflusst haben wird, ob sie ein Kind bekommt und das dann auch selbst betreuen und diese innige Zeit mit diesem kleinen Lebewesen verbringen will, war das Betreuungsgeld so etwas wie ein Dankeschön der Gesellschaft an eine junge Familie, die für eine Zeit lang auf Karriere und ein Leben lang auf finanzielle Vorteile der Kinderlosigkeit verzichtet hat.

Von Anfang an, war der Kampf gegen das Betreuungsgeld ideologisch motiviert. Die Wirtschaft sah darin eine Konkurrenz für die Arbeitsplatzverfügbarkeit der Frau, die Marxisten einen Rückfall ins kapitalistische Familienidyll. Denn im Kapital stellt die Forderung: „Die Familie der Bourgeoisie fällt natürlich weg.“ Jetzt fordern unisono die vom DDR – geprägtem Erziehungsmodell Familienministerin Manuela Schwesig und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Eric Schweitzer, dass die 900 Millionen Euro, die bisher für das Betreuungsgeld aufgewandt wurden für zusätzliche staatliche Kitas ausgegeben wird.

Roland Tichy, Vorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung zweifelte in seinem Blog den volkswirtschaftlichen Nutzen der Familienzerstörung an. Wo ist der Mehrwert so fragt er, wenn der Staat 1350 Euro pro Monat ausgibt, damit eine Frau für 1350 Euro pro Monat im Einzelhandel an der Kasse arbeitet. Und er fordert die Wirtschaft auf, darüber nachzudenken, ob sie in Zukunft nicht mehr unabhängig denkende, selbstbewusste Menschen benötigt, die eher in Familien heranwachsen, als in genormten Krippen und staatlich kontrollierten Kindergärten.

Mir geht es hier sicher nicht um das Betreuungsgeld. Es war vor allem auch eine Antwort auf das Erziehungsgeld, mit dem die Frauen je nach Einkommen entschädigt wurden. Je mehr eine Frau verdiente, umso mehr bekommt sie vom Staat. Das ist Sozialpolitik auf den Kopf gestellt. Die Erfinderin, Ursula von der Leyen, CDU, wollte damit mehr Akademikerkinder produzieren. Ist aber gründlich daneben gegangen, wie alle 200 Milliarden Euro teure Familienförderungsprogramme. Aber darüber habe ich schon geschrieben. Es geht darum, dass der Staat, und das sind mittlerweile fast alle Parteien die Steuermilliarden nutzt, um dem linken Zeitgeist und der Wirtschaft entgegen zu kommen und dafür die Zerstörung der Familie in Kauf nimmt. Das geht anheim mit der Uminterpretation von Begriffen und Inhalten.

Bei der Diffamierung des Betreuungsgeldes gelang es sogar, einfache Zahlen zu vernebeln. Es gäbe keine Wahlfreiheit für die Eltern, solange es kein flächendeckendes Kita-Angebot gäbe, rechneten die Gegner des Betreuungsgeldes vor. Deshalb sei es eine Verzerrung der Chancengleichheit und würde die Eltern, die es beziehen ungerechterweise bevorzugen. Auch darüber sollte, wenn es nach den Klägern gegangen wäre, vor dem

Bundesverfassungsgericht verhandelt werden. Das blieb uns durch das Zuständigkeitsurteil der Karlsruher Richter erspart. Diese Argumentation sagt also: Wenn Eltern sich für 150 Euro Betreuungsgeld pro Kind pro Monat entscheiden und damit auf einen Kitaplatz verzichten, haben sie einen Vorteil. Kitaplätze kosten aber pro Kind, pro Monat im Schnitt 1350 Euro. Und jetzt sagen uns Wirtschaft und Marxisten: 1350 Euro sind weniger als 150 Euro. Und die Masse der Journalisten übernimmt diesen Schwachsinn. Dies will ich hier nicht kommentieren.

Wahlgleichheit wäre doch wohl eher, wenn der Staat den Eltern für jedes Kleinkind die 1350 Euro überweist und diese dann entscheiden, ob sie dafür zu Hause bleiben, das Kind einer Kita anvertrauen, deren Erzieherinnen von ihnen selbst ausgesucht und eingestellt werden, ob für dieses Geld Oma und Opa bereit sind, auf eine Kreuzfahrt zu verzichten. Es würde sich eine blühende Vielfalt von individueller Kleinkinderbetreuung entwickeln, dann vielleicht sogar in den Betrieben, wenn die Eltern das mitfinanzieren können. Wie unproduktiv die heutige Lösung ist, wird mit einem Beispiel deutlich. Für die Kosten eines Kitaplatzes und der anderen Familienförderungszahlungen könnte sich jede Mutter eine private Betreuerin für ihr Kind leisten.

Umgedeutet werden auch die seit Jahrhunderten eindeutig definierten Bezeichnungen „Ehe“ und „Familie“. Bis vor wenigen Jahren war jedem damit klar, es handelt sich um „Vater, Mutter und Kinder“. Jetzt schreibe ich lieber von einer „heterosexuellen Verbindung zweier Menschen mit bevölkerungsrelevanten Nachwuchs“. Die Ehe ist heute „der Vertrag zwischen zwei Menschen beliebigen Geschlechts“ und eine Familie ist alles, wo „ein oder zwei, vielleicht auch bald drei Erwachsene ein oder zwei oder mehrere Nachkommen aus früherem geschlechtlichen Einvernehmen“ zusammenleben. Ich werde mich hüten, von einer Familie zu schreiben, wenn ich damit die traditionelle Ehe mit Kindern meine. Sofort werde ich mich in der Ecke der rechten Reaktionäre finden, wo alle landen, die sich mit den staatlichen Eingriffen in das, was einmal unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes befand, einsetzen.

In der dritten Folge übermorgen: Elternwille und Welpenschutz

Helpen Sie uns Die ACHSE DES GUTEN noch besser zu machen und auszubauen!

Spendenkonto

Kontonummer: 4801474

Augusta-Bank, Augsburg

Bankleitzahl 720 900 00

Internationale Bankleitzahl BIC GENODEF1AUB

Internationale Konto-Nr. IBAN DE27720900000004801474